

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 11

Artikel: Ein Forum auch für Lech Walesa
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Forum auch für Lech Walesa

Hier berichtet Peter Sager, der Leiter unseres Schweizerischen Ost-Instituts, wie er als Präsident einer Europarat-Kommission vor kurzem Lech Walesa empfing.

Seit fünf Jahren bin ich Mitglied der Delegation unseres Parlaments bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Meinen Interessen entsprechend habe ich Einsitz in die Kommission für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedstaaten genommen. Vor zwei Jahren wurde mir der Vorsitz dieses Ausschusses anvertraut.

Genau in diese Zeit fallen die ersten sichtbaren Auswirkungen des Reformkurses, den Michail Gorbatschow nach Tschernobyl auch auf der politischen Ebene eingeschlagen hat. Die sowjetische Reformbewegung hat die ungarische abgesichert und den Weg für den polnischen Kompromiss geebnet.

Ebenfalls von 1987 an haben – mit Ausnahme Albanien – alle ost- und mitteleuropäischen Staaten in der einen oder anderen Form ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Europarat bekundet.

Diese erste europäische Organisation der Nachkriegszeit konnte am 5. Mai dieses Jahres den 40. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Die Gründung geht auf eine Anregung

zurück, die Winston Churchill in seiner Zürcher Rede 1946 vorgebracht hatte. In der gleichen Session der Parlamentarischen Versammlung konnte mit Finnland der 23. Mitgliedstaat und zugleich die letzte parlamentarische Demokratie Westeuropas aufgenommen werden.

Der Europarat ist ein Staatenbund. Er ist keine supranationale Institution, die mit eigener Souveränität ausgestattet ist – wie die Europäische Gemeinschaft – in ihrem Kompetenzbereich Recht setzen kann, das bindend für Länder und Völker ihrer Mitglieder ist. Weil er das nicht ist, konnte die Schweiz 1963 dem Europarat beitreten.

Ziel dieser Organisation ist die Schaffung einer engeren, aber freiwilligen Verbindung zwischen ihren Mitgliedern, die Erhaltung und Förderung demokratischer Strukturen sowie die Festigung der Menschenrechte. Sie erfüllt vielfältige Aufgaben im Bereich der zwischenstaatlichen europäischen Zusammenarbeit, insbesondere auf den Ebenen der Rechtshilfe, der Rechtsharmonisierung, des Erziehungswesens, der Kultur, des Umwelt- und Denkmalschutzes, des öffentlichen Gesundheitswesens. Das wichtigste Instrument des Europarates zur Förderung dieser Zusammenarbeit ist der völkerrechtliche Vertrag in Form der Europäischen Übereinkommen, der sogenannten Konventionen, die er ausarbeitet. Solche Konventionen können von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden und erlangen erst dann Rechtskraft.

Der überaus schnelle technische Fortschritt hat vielschichtige Auswirkungen gezeitigt: erhöhte Mobilität der Menschen, grenzüberschreitende Kommunikation, gesteigerten zwischenstaatlichen Austausch von Gütern, Arbeitskräften und Wissen. Die Folge ist eine zunehmende Verflechtung im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich und damit zugleich auch eine Erweiterung und Vertiefung der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten. Der Europarat ist das wohl wichtigste europäische Forum, wo diese partnerschaftliche internationale Zusammenarbeit verwirklicht werden kann.

Der technische Fortschritt verschafft viele Vorteile, aber er verlangt auch einen Preis. Er belastet und überfordert zuweilen den einzelnen Menschen, der dann oft genug Zuflucht bei Drogen sucht; die Mobilität

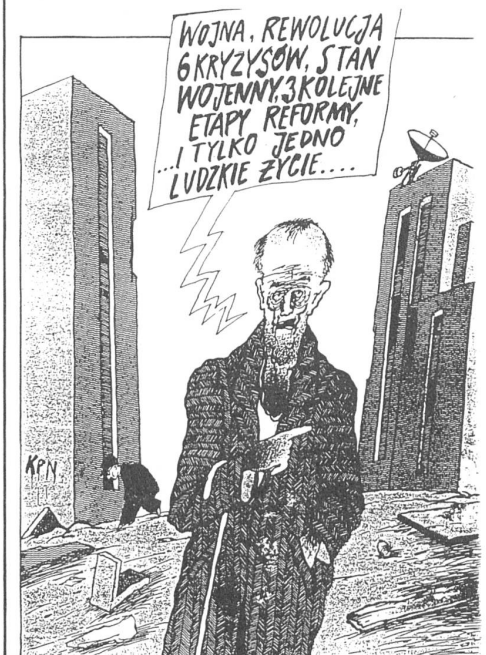
trägt zur Verbreitung gefährlicher Krankheiten wie Aids bei; die Abfallwinnen und Abgaswolken der Industriegesellschaft schaden der Umwelt; die Weitergabe von Kulturgütern aus Vergangenheit und Gegenwart an die künftigen Generationen ist in Frage gestellt.

Das sind schwerwiegende Probleme, die einzelstaatlich nicht mehr gelöst werden können, sondern internationaler Kooperation bedürfen. Längst sind kontinentale Bestrebungen als Vorstufe zu globalen Lösungen notwendig. Der Europarat ist sich dieser Aufgabe bewusst; er hat sich beispielsweise seit über einem Vierteljahrhundert intensiv mit Fragen des Umweltschutzes befasst.

Hier liegen die Gründe, warum die Anzeichen zur Zusammenarbeit ost- und mitteleuropäischer Länder im Europarat sofort ein grosses und positives Interesse gefunden haben. Wenn es anfänglich um die Zusammenarbeit in konkreten Sachfragen gegangen ist, so haben mittlerweile einige Länder auch den Willen zu einer politischen Zusammenarbeit mit dem Ziel eines besseren

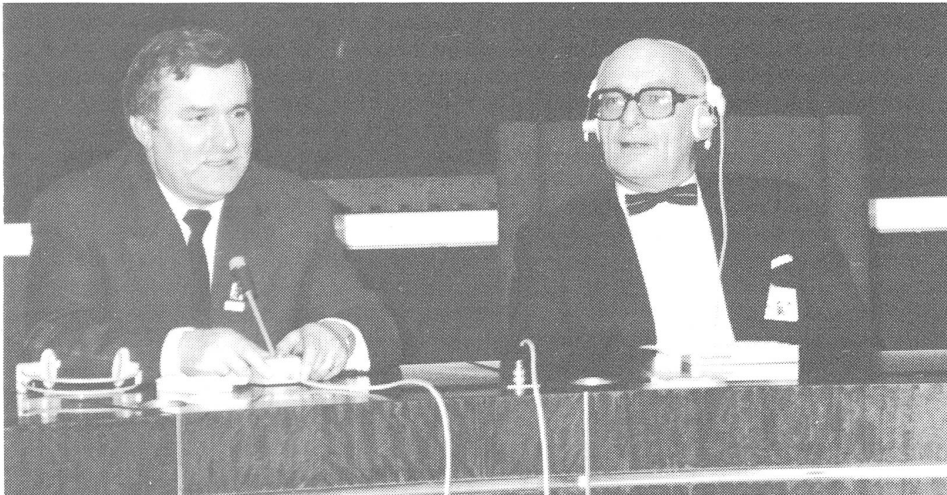
In dieser Nummer

Der politische Wettbewerb wird frei	4
Ungarisches Politbüromitglied im Gespräch für Zeitbild	
Gibt es sie real?	6
Die neue sowjetische Sicherheitspolitik	
Perestrojka wofür?	8
Ein Diskussionsbeitrag	
Israel, Intifada und Wahlen	10
Zusammenhänge	
123 Jahre ohne Armee	10
CH-Rubrik	
Dritte Revolution	12
Gehört das Jahrhundert-Ende der Demokratie?	



«Krieg, Reformen, sechs Krisen, ein Kriegszustand, drei Etappen der Wirtschaftsreform und nur gerade ein einziges Leben.»
(«Szpilki», Warschau, 13. 4. 1989)

LIEBE LESER



Lech Walesa und Peter Sager in Strassburg.

gegenseitigen Verständnisses bekundet. Das war eine bedeutsame Herausforderung, die der Europarat aufnehmen musste.

So hat die Kommission für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedstaaten einen Vorschlag zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit auf einer ersten Stufe vorgebracht. Am 11. Mai 1989 wurde von der Parlamentarischen Versammlung einstimmig beschlossen, den neuen Status von «Sondergästen» einzuführen.

Zur Entsendung solcher Sondergäste können europäische Nichtmitglieder eingeladen werden, die den KSZE-Prozess (Schlussakte von Helsinki und alle weiteren Dokumente) fördern sowie die Menschenrechtspakte der Uno von 1966 ratifiziert haben.

Sondergäste werden sich an den Debatten der Vollversammlung ohne Stimmrecht beteiligen können. Vermutlich werden an der nächsten Session Anfang Juli bereits Vertreter der Legislativen ost- und mitteleuropäischer Staaten in Strassburg einziehen.

Als Auftakt mit grosser symbolischer Bedeutung hat am 10. Mai die Versammlung die erste Rede in einer slawischen Sprache angehört. Das Ministerkomitee hatte nämlich den

Preis für Menschenrechte des Europarates gemeinsam dem polnischen Arbeiterführer Lech Walesa und der Internationalen Helsinki-Föderation verliehen.

Beide Preisträger sind auch von der Kommission für die Beziehungen mit den europäischen Nichtmitgliedstaaten angehört worden.

Lech Walesa hat über die Entwicklung in Polen berichtet und in bewegten Worten unterstrichen, dass ein Land die Hilfe Westeuropas beim Aufbau der Demokratie benötige, dass der Handel willkommen sei, nicht aber Subventionen, dass vor allem die menschlichen Kontakte gefördert und vertieft werden sollten. Der Generalsekretär der Helsinki-Föderation hat in Begleitung des Ehrenpräsidenten, des sowjetischen Bürgerrechtlers Jurij Orlow, von den Einsätzen seiner Organisation für die Einhaltung der Menschenrechte auch in Osteuropa berichtet.

Wenn im kommenden September der polnische Aussenminister ebenfalls in Strassburg zum gleichen Thema wie Lech Walesa angehört werden wird, so ist damit ein wichtiger Schritt getan: Der Europarat knüpft Beziehungen zu ost- und mitteleuropäischen Regierungen und Oppositionellen, fördert den Aufbau der Demokratie und ebnet den Weg zu kontinentalen Lösungen drängender Probleme. ■

40 Jahre BRD – 40 Jahre NATO. Ein Doppeljubiläum, das mehr denn je zum Nach- und Überdenken Anlass gibt. Freude mag im westlichen Bündnis nicht so recht aufkommen, weil die Bonner Politiker – Regierung und Opposition unisono – so tun, als ob die BRD für die Interessen der NATO geschaffen worden sei und dass es nach 40 Jahren allmählich an der Zeit sei, die eigenen deutschen Interessen vermehrt zu pflegen. So schrieb der «Stern» im Leitartikel in seiner neuesten Ausgabe: «Wir eignen uns nicht mehr nur zum Dienern, wir gehen eigene Wege und aufrecht, aber unbewaffnet.» Auch seriösen Politikern geht der dumme Satz – «Je kürzer die Raketenreichweite, um so toter die Deutschen» – leicht von der Zunge.

Das heisst natürlich nicht nur die historischen Fakten, sondern auch die Realität auf den Kopf stellen! Die NATO ist eine Schutzgemeinschaft für alle Mitgliedstaaten. Sicherheits-«Privilegien» gibt es nicht. Und natürliche Nachteile – wie z. B. die geographische Lage der BRD, die dieses Land tatsächlich zum Schlachtfeld Europas disponiert – werden auf verschiedenste Weise kompensiert. Etwa dadurch, dass die USA über 300 000 Bürger (Soldaten und Familien) in der BRD stationiert haben. Schon unter diesem Aspekt ist die Unterstellung infam, dass die BRD für den grossen Partner ennet dem Atlantik nur bis zu einem gewissen Punkt verteidigungswert wäre und von daher als «atomarer Grill» freigegeben würde.

Vor allem aber werden solche und ähnliche bundesdeutsche Verdächtigungen durch die Mechanismen der NATO-Abschreckungsstrategie widerlegt. Aus dieser fein abgestimmten, über Jahrzehnte hinweg aufgebauten und verfeinerten komplexen Struktur von atomaren und konventionellen Waffensystemen zur falschen Zeit das falsche Element zu eliminieren (= abrüsten) bedeutet Minderung, wenn nicht gar Verlust der Sicherheitsgarantien. Das gilt auch dann, wenn es unterlassen wird, diese Strukturen durch Modernisierung einzelner Waffensysteme funktionstüchtig zu erhalten. Und es gilt erst recht, wenn West und Ost darangehen, dieses Filigran komplexester Elemente abzubauen. Genau diese Situation ist aber mit dem unseligen Disput über die Kurzstreckenraketen gegeben: Zum falschen Zeitpunkt soll das falsche Element zur Disposition gestellt werden. Und es sind auch die falschen Propheten, die dazu raten und die Bevölkerung damit in falscher Sicherheit wiegen. Denn vorläufig hat sich in der sowjetischen Angriffsdoktrin nichts geändert. Mehr darüber lesen Sie in einer Analyse von Georg Bruderer auf Seite 6.

Jürg L. Steinacher